

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 1/2  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpf. Zeitschrift 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbarung auf Postcheck Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freilage

## Wahlen am 5. und am 12. März

Am 5. März 1933 fällt in Deutschland die Entscheidung darüber, welcher Zukunft das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse entgegengehen soll. Was dabei politisch auf dem Spiele steht, dürfte jedem in den letzten Wochen klar geworden sein. Deutschland hat zur Zeit noch das freieste Wahlrecht der Welt. Alle Staatsbürger über 20 Jahre männlichen oder weiblichen Geschlechts sind in der Lage, die Politik des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu beeinflussen. Die Nationalsozialisten haben aus ihrer parlamentarischen Gegnerschaft niemals ein Hehl gemacht. Die in der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ zusammengeschlossene Gruppe Hugenberg-Papen-Seldte hat auf ihrer großen Kundgebung im Berliner Sportpalast ebenfalls darauf hingewiesen, daß mit den Wahlen nun endgültig Schluß gemacht werden müsse.

Die Maßnahmen der Reichsregierung bezüglich der Bereinigung der Ämter von mißliebigen Elementen, die getroffenen und angekündigten Maßnahmen auf dem Gebiete des Rundfunks, der Schulen und der Krankenversicherung, die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit und viele andere Anzeichen deuten darauf hin, daß die politische Freiheit des deutschen Staatsbürgers auf jedem Gebiet eingeschränkt werden soll.

Die neue Reichsregierung hatte zwar keine Mehrheit im Reichstag, aber das Zentrum gab zu verstehen, daß es die Regierung tolerieren wolle. Nur verlangten die Zentrumsführer vorher Klarheit über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung, über die gewissenhafte Innehaltung der Verfassung, die Fortsetzung des Siedlungswerkes, die Beseitigung besonderer sozialer Härten der Notverordnungen sowie über den Fortbestand des Reichsarbeitsministeriums, des Koalitionsrechts, der Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts.

Die neue Reichsregierung hat umfassende programmatische Erklärungen noch nicht abgegeben. Sie verlangt eine Stillhaltefrist von vier Jahren zur Durchführung ihres Programms. Als nach dem Zusammenbruch im November 1918 die Regierung der Volksbeauftragten an das Ruder kam, leistete sie in kürzester Frist beste Arbeit.

Die folgende Aufstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, zeigt deutlicher als alle Aufrufe und Erklärungen, was in dieser Zeit geschaffen worden ist:

**Uneingeschränkte politische Freiheiten**  
**Gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre**  
**Aufhebung der Gesindeklaverei**  
**Einführung der Arbeitslosenversicherung**  
**Lohnschutz und Tarifwesen**  
**Verkürzung der Arbeitszeit**  
**Erhöhung der Renten und Unterstützungen**  
**Erweiterung der Krankenversicherung**  
**Erweiterung der Unfallversicherung**  
**Versorgungswesen für die Kriegsbeschädigten**

**Einführung der Wöchnerinnenunterstützungen**  
**Arbeitsgerichtsbarkeit**  
**Kündigungsschutz für ältere Angestellte**  
**Mieterschutz gegen Zwangsmaßnahmen**  
**Bau von gesunden Wohnungen**  
**Errichtung von Einfamilien- und Kleinhäusern**  
**Siedlung auf dem Lande**  
**Sportplätze und Bäder in Stadt und Land**  
**Erneuerung des Schulwesens**  
**Oeffnung der Kulturstätten für das Volk**

Am 5. März 1933 ist der Schicksalstag des deutschen Volkes. Versäumt an diesem Tage die deutsche Arbeiterschaft ihre Pflicht, dann wird sie der allein Leidtragende sein. Das Gebot der politischen Freiheit jedes einzelnen. Es ist der Kampf um die Erhaltung der deutschen Sozialpolitik und um den Schutz der deutschen Arbeiterbewegung.

Das größte Uebel in der Geschichte der deutschen Republik ist die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse. Die freiheitliche Entwicklung kann nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft gesichert werden. Diejenigen, die jetzt vom „Versagen der Demokratie“ reden, mögen bedenken, daß die deutsche Arbeiterschaft die Demokratie nicht zu ihrer Waffe gemacht hat und dadurch ihre Ausnutzung durch die Mehrheit der Arbeiterklasse behinderte.

Die Sammlung der proletarischen Kräfte kann nur erfolgen durch die Zusammenfassung und den Ausgleich aller sozialistischen Strömungen in einer demokratisch aufgebauten Gesamtbewegung, wie das die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften wollen.

Es geht am 5. und 12. März um alle Rechte und Freiheiten des deutschen Proletariats. Siegen die jetzigen Machthaber, dann wird es Nacht in Deutschland und von Freiheit irgendwelcher Art werden durch eine intensive Agitation für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei.

### Kolleginnen und Kollegen!

**Wer am 5. März nicht für Liste 2 stimmt, ist mitschuldig an den ungeheuren Folgen, die sich aus der Wahl ergeben.**

### Der Lederwareneport im Jahre 1932.

Das vergangene Jahr stellt mit seinen Krisenwirkungen eine schwere Belastung der deutschen Wirtschaft dar. Besonders hart betroffen wurden die Produktionszweige, die, wie das in der Ledermaren- und Portefeuille-Industrie der Fall ist, nicht allein den vitalsten Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Die Arbeitslosigkeit in der Ledermarenindustrie Deutschlands hat betragen zum Beginn des Jahres 1932 60,1 Proz. und stieg bis zum Jahreschluß auf 62,3 Proz. Dazu kamen noch 17,6 Proz. bzw. 14,2 Proz. Kurzarbeiter.

Zu dieser großen Arbeitslosigkeit kommt hinzu der fortgesetzte Abbau der Löhne und die damit verbundene Senkung der Kaufkraft breiter Volksschichten. Eine weitere Belastung für die Lederwareindustrie liegt in der künstlichen Drosselung des Wareneports durch die Abschließung gegen eine Reihe von Nationen, mit denen bisher ein sehr reger Warenaustausch stattgefunden hat. Die durch die Autarkiebewegung geförderte unnatürliche Abschließung der Völker hat auch zur Zerstörung eines planmäßigen Warenaustauschs mit den übrigen Kulturvölkern der Erde beigetragen. Die Folgen davon sind weiter steigende Arbeitslosigkeit und noch größeres Elend für unzählige Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ein klares Bild dieser Entwicklung zum Schlechten geben neben den Zahlen über die Arbeitslosigkeit auch die Ausfuhrziffern für die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie.

Die Ausfuhr deutscher Täschnerwaren aus Leder und Kunstleder hat betragen:

	Menge in Doppelztr.	Wert in 1000 M
1913 . . . . .	32 317	34 938
1931 . . . . .	17 527	28 789
1932 . . . . .	9 698	14 194

Die Entwicklung der Ausfuhr nach den bisher wichtigsten Absatzgebieten der Lederwarenindustrie zeigt nachstehendes Bild:

	1931		1932	
	Doppelzentner	Wert in 1000 M	Doppelzentner	Wert in 1000 M
Großbritannien . . . . .	7882	10 181	2140	2596
Niederlande . . . . .	1888	2 723	2237	2772
Schweiz . . . . .	1260	2 641	942	1885
Dänemark . . . . .	1180	2 213	489	794
Schweden . . . . .	1248	2 494	770	1194
Vereinigte Staaten von Nordamerika . . . . .	1361	2 487	1172	1665

Ganz ähnlich liegt der Export von Reiseartikeln und Handkoffern aus Leder. Es wurden ausgeführt:

	Menge in Doppelztr.	Wert in 1000 M.
1913 . . . . .	2984	2025
1931 . . . . .	1143	1148
1932 . . . . .	544	498

Alle bisherigen Versuche, die Millionen arbeitsloser Menschen wieder in den Produktionsprozeß einzufügen, mußten scheitern, weil sie mit völlig unzureichenden Mitteln unternommen wurden. Bei dem gegenwärtigen Stand der Technik besteht auch bei eintretender besserer Konjunktur wenig Aussicht, den Umfang der Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern. Nur dem planmäßigen Zusammenwirken aller wird es gelingen, die richtigen Mittel zur Überwindung der Arbeitslosennot und damit der Wirtschaftskrise zu finden und damit den Weg zum Sozialismus frei zu machen.

# Ungefundes aus der Militärbranche.

Die Verhältnisse in der Militärausrüstungsindustrie werden zur Zeit von zwei Faktoren beeinflusst. Einmal sind es die geringen Vergütungen mit ihren Forderungen und dann die Lohnverhältnisse. Die beiderseitigen Organisationen haben wiederholt versucht, die Behörden zu beeinflussen, die Vergütungsbedingungen zu ändern. Denn heute ist es allgemein so, daß der billigste Fabrikant den Auftrag erhält. Da die Aufträge erst erteilt werden, wenn die Kalkulationen eingereicht sind, so ergibt sich, daß das billigste Angebot weder für den Fabrikanten noch für den Arbeitnehmer günstig sein kann. Um bestehen zu können, wird dann versucht, den Stücklohn auf das möglichste zu senken, so daß tatsächlicher Verdienst und Tariflohn oft nicht übereinstimmen. Eine Vergütung auf normaler Basis, welche sich in der Nähe des Durchschnitts der Angebote halten würde, wäre zweifellos das gesündere. Noch ungünstiger muß jedoch das heutige Vergütungssystem sich auswirken, wenn die Aufträge, wie es heute der Fall ist, an sich nur gering sind und die Konkurrenz der Fabrikanten sich durch Mindestgebote auszeichnet. Ob in Zukunft größere Aufträge von den deutschen Behörden vergeben werden, ist ungewiß. Wie aber in den höchsten Stellen die Dinge angehen werden, geht aus einer Antwort herpor, die vor zwei Jahren der damalige Wehrminister Gröner auf eine Eingabe schriftlich gab:

„Die Wehrmarenfabriken (Ausrüstungsfabriken) können, wie dies Ihren Vertretern gegenüber schon wiederholt ausgesprochen worden ist, die selber nur geringfügigen Aufträge des Reichswehrministeriums nur als zufällige Aufträge zu denen des offenen Marktes ansehen. Ihre Lebensfähigkeit hängt heute und in Zukunft keineswegs von den Aufträgen des Reichswehrministeriums ab.“

Aufträge in höherem Maße zu vergeben, liegt nicht in der Macht der Tarifparteien. Aber die Vergütungsbedingungen zu verbessern, dazu hätten die Fabrikanten die Möglichkeit. „Denn“, sagt Minister Gröner in dem Briefe:

„... nicht die Behörde macht die Preise, sondern die aufzufordernden Unternehmer, die ihrerseits unter dem Druck und Zwang des Konkurrenzkampfes stehen.“

Eine nicht zu widerlegende Feststellung. Um diese Frage zu realisieren wäre natürlich erforderlich, daß sich die Fabrikanten insgesamt auf den Standpunkt einer normalen Kalkulation stellen. Denn die Unterschiede in den Geboten sind so groß, daß sie weder im Lohn noch in anderen Dingen ihre Begründung finden können. Um die richtige Anwendung aus der Ordnerischen Ansicht zu ziehen, wäre natürlich eine kleine Dosis Solidarität notwendig. Statt dessen finden wir jedoch gerade in dieser Branche ganz ungeliebte Zustände, die sich logischerweise auch auf die Lohngestaltung erstrecken mußten.

Bisher regelten sich die Lohnbedingungen ohne Ausnahme nach den Wehrverordnungen. Das ist eine Selbstverständlichkeit gewesen, weil die Nachkriegszeit die Ausrüstungsbetriebe zwang, andere Artikel, in erster Linie Wehrwaren, zu übernehmen. Dieser Zustand ist auch heute noch vorhanden. Trotzdem haben die Berliner Militärfabrikanten geglaubt, sich aus der großen Gemeinschaft lösen zu müssen. Sie sind aus der gemeinsamen Organisation der Fabrikanten ausgetreten und haben eine Vereinigung Berliner Heeresausrüstungsfabrikanten gegründet mit dem ausgesprochenen und einzigen Zweck, die Löhne gegenüber dem Wehrverordnungslohn niedriger zu gestalten. Der Austritt erfolgte bereits im Mai 1932 und eine Folge davon war, daß die Ausrüstungsbetriebe von der Allgemeinerwerblichkeits des Lohnvertrages für die Wehrwarenindustrie vom 11. Mai 1932 ausgenommen wurden. Der Lohn wurde jedoch gesahrt, weil wir geltend machten, daß die Ausrüstungsbetriebe durch ihre bisherige Organisationszugehörigkeit noch bis zum 31. Dezember 1932 an den Wehrverordnungslohn gebunden seien.

Die Berliner Fabrikanten vertreten die Ansicht, daß sie mit den Orten des Reiches nicht konkurrieren können, weil die Lohnunterschiede zu groß seien. Es ist durchaus nicht zu bestreiten, daß diese Unterschiede vorhanden sind. Sie betragen bis zu 18 Pf. Entschieden muß aber bestritten werden, daß der höhere Lohn allein es sei, der Aufträge von Berlin fernhält. Wir haben eine Beschäftigungsaufnahme von drei maßgeblichen Orten für das Jahr 1932 gemacht. Die Tariflöhne dieser Orte betragen 78 Pf., 76 Pf. und 70 Pf. In jedem dieser Orte ist nur ein Betrieb vorhanden. Nach der Theorie der Berliner Fabrikanten müßte der Ort mit dem niedrigsten Lohn die meisten Aufträge gehabt haben. Das ist aber nicht der Fall, denn in sieben Monaten des Jahres war überhaupt kein Sattler beschäftigt. In dem Betrieb mit 76 Pf. waren im Durchschnitt des Jahres 8 Sattler beschäftigt, während der Betrieb mit 78 Pf. in den Monaten Januar, April, Mai,

Juni und Juli niemand beschäftigte und in den Monaten Februar und November je 20, im März 15, im Dezember 25 und in den Monaten August, September und Oktober je 12 Arbeitnehmer beschäftigt waren. Das ist keine übermäßige Beschäftigung, und es kann nicht die Rede davon sein, daß Berlin über den Durchschnitt ausgeschaltet worden wäre. Die Gefahren, die mit einer Angleichung der Berliner Löhne an die des Reiches sowohl für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen Orten verbunden sind, sind außerordentlich. Das wird begreift werden, wenn bekannt wird, daß die Basis der Berliner Verhandlungen nach dem Antrag der Fabrikanten 70 Pf. betrug und ihr letztes Angebot 74 Pf. war.

Es soll ausgegeben werden, daß die Lohnunterschiede zum Teil nicht gering sind und bei Subventionen ins Gericht fallen können. Wird aber der Zustand geändert, wenn der Lohn in Berlin dem Lohn in der Provinz angepaßt wird? Bestimmt nicht. Die Senkungen des Lohnes im Reich und die Lohnpanne im Verhältnis zu Berlin sind nicht das Ei des Kolumbus, weil sie Gegenwirkungen hervorrufen und als Ziel die berühmte Schraube ohne Ende, in diesem Falle das Lohnkurrieren, erreichen müssen. Hier kann nur die Zurückführung normaler Verhältnisse helfen und bei etwas Einsicht und gutem Willen wäre dies auch durchaus möglich. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt die Wege. Ich meine die Einstellung eines abgestimmten Lohnes in die Kalkulation. Das ist aber nur möglich durch gemeinschaftliche Regelung über den Ort hinaus, wie es bereits früher der Fall war.

Das Ungefunde des heutigen Zustandes zeigt am besten eine Gegenüberstellung der früheren Lohnspannen zu heute. Der Reichstarif für das Wehrverordnungslohn vom 1. März 1915 hatte vier Lohnklassen. Berlin stand mit 100 Proz. in der 1. Klasse, Mainz mit 95,8 Proz. in der zweiten, Bauen und Kaiserslautern mit 91,7 Proz. in der 3. Klasse. In dem Reichstarif der Wehrwarenindustrie, dem auch die Ausrüstungsbetriebe unterstanden, war das Verhältnis: Berlin 100 Proz., Mainz 91,7 Proz., Bauen und Kaiserslautern 87,8 Proz. Heute besteht kein Reichstarif mehr. Die Löhne werden örtlich geregelt und wie ist das Verhältnis? Berlin hat 88 Pf. gleich 100 Proz., Kaiserslautern hat 78 Pf. gleich 88,6 Proz., Mainz hat 72 Pf. gleich 81,8 Proz. und Bauen hat 69 Pf. gleich 78,4 Proz. Das sind Zustände, die für eine Industrie, die die Aufträge unter gleichen Bedingungen erhält, im Laufe der Zeit zerstörend für alle wirken müssen. Was es bisher nicht möglich, das fremde Hindernis der Vergütungsbedingungen zu beseitigen, so steht es aber in der Macht der Fabrikanten, das eigene Hindernis der falschen Lohnkalkulation zu vernichten. Es ist noch gar nicht lange her, daß diese Auffassung auch die Ansicht maßgebender Fabrikanten war. In dem Protokoll der Reichstärkerhandlungen Anfang 1915 ist zum Beispiel nachzulesen, daß der Fabrikant B. „vom objektiven Standpunkt für Gleichstellung der Löhne im ganzen Reich eintritt und daß auch die anderen Bestimmungen ohne Ausnahme einheitlich sein müßten.“ War diese Auffassung damals richtig, dann heute um so mehr, weil die Entwicklung einen Weg angegangen ist, der für die Arbeiterklasse nicht günstig und für die Fabrikanten sowohl in Berlin als im Reich von Nachteil ist. Der Vorgang in Berlin bestätigt dies, und es wäre Zeit, daß die Interessenten den besseren Weg finden.

## Rückkehr zur Handarbeit?

Die großen Industrien waren die Pioniere der Maschinenarbeit. Sie sind für den größten Teil der technologischen Arbeitslosigkeit verantwortlich. Wird auch in diesen Industrien das Räderwerk zurückgeschwingen?

Diese Frage stellt sich der Vizevorsitzende einer der größten amerikanischen Automobilfirmen (General Motors), indem er darauf hinweist, daß verschiedene Großindustrielle, die nach vor einigen Jahren bestrebt waren, die Gießungskosten mit Hilfe äußerst komplizierter Maschinen auf ein Mindestmaß herabzubringen, neuerdings der Frage der Rückkehr zur Handarbeit größte Aufmerksamkeit schenken.

„Wir bei General Motors“, sagt ihr Vizevorsitzender, „verwenden schon jetzt viel mehr Handarbeiter, als wir noch vor ein bis zwei Jahren beschäftigt haben. In einigen Abteilungen ist die Handarbeit um 20 Proz. gestiegen. Diese Entwicklung ist gerechtfertigt, nicht wegen der Gestalt der Gießungskosten je Produktionseinheit, sondern wegen des nach unserer Ansicht wohlthuenden Einflusses auf die allgemeine Wirtschaftslage.“ Weiter wird erklärt, daß auch andere Industrien gezwungen sein werden, die wirtschaftlichen Probleme von dieser Seite zu betrachten und zum Schluß heißt es, daß die höchste Wirtschaftlichkeit in

einem individuellen Unternehmen vielleicht letzten Endes doch nicht der Weisheit höchster Schluss für die ganze Wirtschaft sei!

Tagt es im „Paradies“ des Individualismus?

## Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 33 000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Durch die Reichsanstalt wurden Mitte Februar nahezu 2,5 Millionen Arbeitslose unterstellt, davon 963 000 in der Arbeitslosenversicherung und 1 471 000 in der Kranksicherung. Diesen Unterstellten stehen rund 2,5 Millionen anerkannte Wohlfahrtsberechtigten gegenüber. Rund 177 000 waren Ende Januar bei den Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt. Zu den rund 6 047 000 erfassten Arbeitslosen kommt hinzu die große Zahl jener, die von den Erhebungen der Reichsanstalt nicht erfaßt werden und die besonders im vergangenen Jahre stark angestiegen ist.

## Automobilausstellung in Berlin.

Nach zweijähriger Pause öffneten sich am 11. Februar 1933 die Ausstellungsräume am Kaiserdomm in Berlin, um die diesjährige Autoschau aufzunehmen. Die Besichtigung der Ausstellung war außerordentlich gut, und die beteiligten Firmen hatten die größten Anstrengungen gemacht, um das Publikum für den Kauf von Automobilen zu interessieren und anzuspornen. Mehr als 300 verschiedene Automobilmotoren und Motorradtypen waren vertreten, vom kleinsten Dreiradwagen bis zum überdimensionierten Großkraftwagen von 200 Pferdestärken.

Heberall war das Streben nach neuen Formen deutlich erkennbar. Das Ziel der Konstrukteure läuft darauf hinaus, mit einem Mindestquantum von Material den Anforderungen der Käufer soweit als möglich gerecht zu werden. Ungeklärt scheint noch die Frage, welche Wege das Automobil in technischer Hinsicht einschlagen muß. Ob dem Vorderrad- oder Hinterradantrieb der Vorzug zu geben ist, ob sich die starre oder unabhängig federnde Achse besser bewährt, wird die Zukunft lehren.

Aus dem Bestreben heraus, den Herstellungspreis herabzudrücken, ist man auf die Rekonstruktion des luftgekühlten Motors zurückgekommen, die den teuren Kühler, die Kühlwasserleitungen und die Kühlmantel überflüssig macht. Dazu kommt, daß beim Sieg dieses Systems das Automobil, besonders in kalten Gegenden und Jahreszeiten, unabhängiger von Witterungseinflüssen sein würde.

Anerkennungswert ist das Streben, die Karosserie formenreicher und geräumiger zu gestalten.

Der Siegeszug des Kabrioletts hält unvermindert an; die Limousine wird immer mehr zurückgedrängt. Neu ist bei „Mercedes“ der Zugang zum Koffer vom Wageninnern aus. Festzuziehen waren weiter verstellbare Rollsitze, Stahlfelg, Liegevorrichtungen usw.

Dabei möchten wir nicht unterlassen, darauf zu verweisen, daß die Bemühungen, möglichst viel Gelegenheiten selbst im Kleinwagen zu schaffen, vielfach dazu geführt haben, daß die Unterbringung der Fahrgäste mehr als primitiv ausgefallen ist. Diese Entwicklung ist besonders für unsere Berufsklassen in der Autobranche von großer Bedeutung. Dazu kommt, daß auch sonst die Innenausstattung des Kleinwagens, soweit Befestigung der Sitze und Lehnen und die Bekleidung der Bänke und der Wagendecken in Betracht kommen, manches zu wünschen übrig läßt.

Die gesamte Autoindustrie hofft auf eine baldige Hebung des Gesamtverkehrs und damit auf eine Belebung der Produktion in den Automobilfabriken und Zubehörbetrieben. Unsere Kollegen werden gut daran tun, wenn sie dieser Ansicht etwas skeptisch gegenübersehen. Dazu nur wenige Zahlen: Das Produktionsergebnis der deutschen Personenkraftfahrzeugindustrie im Jahre 1932 verteilt sich auf die einzelnen Größtenklassen folgendermaßen: 56 Proz. der Erzeugung fiel auf die Kleinwagen bis 1,5 Liter Hubraum. Auf die Wagen von 1,5 bis 2 Liter Hubraum kommt ein Drittel der Gesamtproduktion, so daß sämtliche Kleinwagen bis 2 Liter Hubraum rund 90 Proz. aller hergestellten Personenkraftwagen darstellen.

Die verbleibenden 10 Proz. größerer, repräsentativer und entsprechend teurer Wagen bieten dem Autofahrer keinen ausreichenden Ersatz für den Ausfall an Arbeit am billigen Klein- und Kleinwagen, auch ist der Ausbau der besseren Wagen immer mehr stagniert.

Der Besuch der Automobilausstellung, die bis zum 23. Februar dauert, war sehr lebhaft. An einigen Ausstellungstagen wurden Rekordfiguren von 55 000 bis 60 000 Besucher festgestellt. Offen bleibt in dieser kritischen Zeit wirtschaftlicher und politischer Erschütterungen die Frage des wirtschaftlichen Erfolges.

### Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung.

Am Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 44 vom 21. Februar 1933 gibt der Reichsarbeitsminister bekannt, daß die sozialen Wahlen, die in den nächsten Wochen fällig gewesen wären, erneut um ein halbes Jahr bis Ende des Jahres verlagert werden. Es handelt sich hierbei um die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angehörigenversicherungsgesetzes oder des Reichsstrappachgesetzes in ein Ehrenamt gewählt worden sind. Nicht betroffen werden von dieser Verlängerung die Betriebsrätewahlen.

Die Gewerkschaften haben an dieser Verlegung der Wahlen in der Sozialversicherung keinen Anteil. Wohl aber scheinen die gelben Verbände die Hoffnung zu haben, im Laufe eines halben Jahres so hochgepöppelt zu sein, daß sie alsdann mit größerem Erfolg den Wahlkampf gegenüber den Gewerkschaften bestehen können. Für die Gewerkschaften bestand kein Grund, einer sofortigen Entscheidung im sozialen Wahlkampf auszuweichen. Andererseits brauchen sie auch die Verlegung nicht zu fürchten. Wird doch im Laufe der kommenden drei Vierteljahre vielleicht noch manchem, der heute im neuen Kurs mitmarschiert, die Erkenntnis darüber dämmern, wo seine Arbeitnehmerinteressen in Wahrheit vertreten werden.

### Ist mit einer konjunkturellen Abwärtbewegung in der Möbelindustrie zu rechnen?

Die Umsätze in der Möbelindustrie und im Möbel Einzelhandel sind im Jahre 1932 beträchtlich zurückgegangen. An diesem Zustand konnte auch der Rückgang der Möbelpreise nichts ändern. Da die Beschäftigung in der Möbelindustrie stärker gesunken ist als der mengenmäßige Umsatz des Handels, so ist anzunehmen, daß sich die Lagerbestände vermindert haben. Die Zahl der Beschäftigten war im zweiten Halbjahr 1932 nur wenig niedriger als im Vorjahr, während der Möbelabfall bis in den Dezember hinein erheblich geringer war als 1931. Offenbar sind die Möbel für diese Haushaltungsgründungen infolge der Befürchtungen um die Sicherheit von Währung und Kreditinstituten zum Teil bereits 1931 im voraus angekauft worden. Das Institut für Konjunkturforschung stellt nunmehr fest, daß sich der Rückgang des Möbelabfalles konjunkturell verlangsamt und schließt daraus, daß die Bedeutung der Vorbedeutung abnimmt und sich eine gewisse Klärung der Marktlage von der Seite des Verbrauchs anbahnt.

Künftig dürfte der laufende Bedarf wieder unmittelbar als Nachfrage beim Handel zum Ausdruck kommen. Im Zusammenhang mit der Entspannung der Marktlage rechnet das Institut für Konjunkturforschung damit, daß auch der allgemeine Rückgang der Möbelpreise (von Anfang 1929 waren sie bis Januar 1933 um 43 Proz. gesunken) zum Stillstand kommt.

### Der Fisch wird verteuert.

Eine neue Verordnung über Zollmaßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischerei bringt u. a. Zollerhöhungen für Fische. Die Auswirkung dieser Maßnahme dürfte um so mehr ins Gewicht fallen, als unter dem Einfluß einer langjährigen geschickten Werbetätigkeit der Fischerverbraucher fast gesteigert werden konnte. Nach der neuen Verordnung wird künftig der Zoll für frische Seefische 10 Mt. und für gefrorene Seefische 15 Mt. je Doppelzentner betragen. Für Spotteln tritt ein Sonderzoll mit 5 Mt. in Kraft. Für Karpfen, Schleie, Forellen, Lachs und Hechte erhöht sich der bisherige Zoll auf 80 Mt. für nicht lebende Fische dieser Arten auf 60 Mt. Allein frische Heringe bleiben zollfrei. Diese Zollerhöhungen müssen unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß beinahe zwei Drittel des deutschen Fischverbrauchs durch Einfuhr gedeckt werden müssen. Nach dem statistischen Jahrbuch wurden 1931 für 106 Millionen Mark Fische eingeführt, dem nur ein eigenes Fangergebnis von 68 Millionen gegenüberstand. Vor allem werden die Zollerhöhungen auch die deutsche Fischkonserverindustrie treffen, deren Produktionsumfang sich bereits im Betriebsjahr 1931/32 gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Drittel vermindert hatte, so daß 10 Proz. der Betriebe und 15 Proz. der Arbeiter und Angestellten entlassen werden mußten. Von den geschätzten, gefrorenen und getrockneten oder sonst konservierten Fischen kam der überwiegende Teil aus dem Ausland, der bereits vorkonsumierte Lachs, Mat usw. sogar ausschließlich. Auch von den verarbeiteten Fischgerichten war nur etwa die Hälfte deutscher Herkunft. Ob angesichts der neuen Zollmaßnahmen die Erzeugung von Fischkonserven, die in den letzten Jahren trotz der Wirtschaftskrise im Zunehmen begriffen war, von Rückschlägen verlohnt bleiben wird, ist vorerst abzuwarten.

### Müssen Kranke Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen?

Am 9. November 1932 entschied das Reichsversicherungsamt, daß arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeitnehmer auch für Krankheitszeiten beitragspflichtig sind, soweit das Beschäftigungsverhältnis fortbesteht. — auch wenn sie während dieser Zeit keine Krankenversicherungsbeiträge zu leisten haben. Am 9. November 1932 wies die Reichsanstalt in einem Erlass darauf hin, daß demnach in Zukunft erkrankte Arbeiter und Angestellte auch während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe zu zahlen hätten.

Die Wirkung waren schwere Komplikationen, z. B. in Fällen, in denen die Arbeitnehmer während der Krankheit gar kein Entgelt weiterbezogen. Schließlich drohen die Arbeitgeber mit der Entlassung aller Erkrankten, weil keine Möglichkeit sei, die Beiträge von den Arbeitnehmern hereinzubekommen.

Die Reichsanstalt erklärte inzwischen in einem neuen Erlass vom 18. Januar 1933, daß sie nichts dagegen einwende, wenn die Beiträge und die Abgaben nur im Falle des Weiterbezugs von Gehalt oder Lohn während der Krankheitszeit eingefordert werden. Aber auch diese Regelung ist unhaltbar. Die Belastung Erkrankter mit dem Arbeitslosenversicherungsbeitrag und der Arbeitslosenabgabe bedeutet eine ganz ungewöhnliche Härte. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ist zweifellos verfehlt, weil die Arbeitslosenversicherungsbeiträge als Zuschläge zu den Krankenversicherungsbeiträgen erhoben werden müssen, d. h. also die Pflicht zur Zahlung der Krankenversicherungsbeiträge voraussetzen. Es kommt hinzu, daß die Zeiten der Krankheit auf die Anwartschaftszeit für die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet werden dürfen.

Erfreulicherweise sind diesmal alle Beteiligten: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Krankenkassen und wohl auch die Reichsanstalt selbst von der Unmöglichkeit der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes überzeugt und protestieren gegen diese Entscheidung. Nunmehr liegt es beim Reichsarbeitsminister, den bis zu dieser Entscheidung geltenden Rechtszustand wieder herzustellen. Bei der übereinstimmenden Auffassung aller Beteiligten und Sachverständigen sollte ihm der Entschluß nicht schwer werden.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Leipzig.** Berichtung zu dem Artikel über die Jahresgeneralversammlung (Nr. 8). Durch unvollständige Wiederholung der mündlichen Ausführungen des Kollegen Döhl in Bezug auf das Volkstaus ist eine mißverständliche Deutung möglich. Es wird ergänzend bemerkt, daß der Fiskus eine Schenkungssteuer in Höhe von 60 Proz. des Darlehens fordert. Eine Klage vor dem Landesfinanzamt wurde zugunsten des Hauses entschieden. Gegenwärtig schwebt ein weiterer Prozeß beim Reichsoberfinanzhof in München.

**Nürnberg.** Generalversammlung der Tapeziereraktion. Kollege Kern gibt Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahre. In 12 Versammlungen mußten wir die immer schlechter werdende Lage in unserer Branche feststellen. Durch unflinke Chokolipolitik sollte der Arbeitsmarkt angereichert werden. Jedoch das Gegenteil wurde erreicht. Deshalb müssen wir am 5. März die richtige Antwort geben, um die schicksalhafte Gefahr zu beseitigen. Hierauf gab Kollege Schmitt den Bericht der Lehrlingskommission. In 4 Fällen wurde eingegriffen und konnten dieselben zur Zufriedenheit gelöst werden. Die Entscheidung der Behörde wurde mit den Meistern folgendermaßen vereinbart: Es erhalten Lehrlinge im ersten Jahre 3 Mark, im 2. Jahre 4 Mark, im 3. Jahre 5 Mark, im 7. Halbjahr 7 Mark und im 8. Halbjahr 8 Mark. Gültig ab 1. Mai 1933. Kollege Böhrer besprach dann die allgemeine Lage am Ort. In seiner letzten Wohnverhandlung wäre beinahe gescheitert. Da es nicht ratsam gewesen wäre, ohne Tarif zu sein, nahmen wir den Schiedspruch mit 88 Bf. an. Der Urlaub wird mit 60 Tagen abgezogen. Die Gestaltungsleistung sowie Lehrlings- und Lohnkommission wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß unsere Monatsversammlungen weiterhin an am selben Montag des Monats stattfinden, und zwar jetzt immer beim Kollegen Scharf, Restaurant Hofgarten, Söhlhofer Schulgasse. Der Versammlungstermin wird von jetzt ab in der Verbandserklärung im Versammlungskalender bekanntgegeben. Die Kollegen mögen in Zukunft ihre Zeitungen genau lesen. F. Schopf.

**Stuttgart.** Jahres-Generalversammlung vom 10. Februar 1933. Der Eintritt in die Tagesordnung wurden die im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder Christian Raab, Hermann Großmann, Friedrich Keller, Marie Köhler und Eise Knopf in der üblichen Weise geehrt. Ein Schreiben des Hauptvorstandes wird verlesen, worin zur Einigkeit, Geschlossenheit und Einmütigkeit ermahnt wird, denn nur unter diesen Voraussetzungen können wir mit Erfolg gegen die Reaktion kämpfen.

Kollege Ganig erstattet den Jahresbericht. Ohne Beitritt hätte diese Krise solches Ausmaß nicht erreicht. Die weder Besiegte noch Sieger, auch nicht die Neutralen verlornte. Die Produktion ist in der wesentlichen Industrie seit dem Jahre 1929 bis zu 50 Prozent gesunken. Was die Autarkiebestrebungen für die Arbeiter-

schaft bedeuten, zeigen folgende Beispiele: Roggenpreis in Deutschland pro Tonne 190 Mt., Antwerpen 83 Mt.; Butter Doppelzennner 213 Mt., Holland 130 Mt.; Kaffee ohne Zoll 88 Mt., mit Zoll 84 Mt.; Deutsches Stabstahleisen: Antwerpen 45 Mt., Deutschland 110 Mt. Professore Dr. Delfauer berechnet den Wert der Zollsubvention für die deutsche Landwirtschaft auf 2 Milliarden Mark. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung werden demgegenüber zu einseitig in den Vordergrund gestellt. Als weiteres Zeichen des Umfangs der Krise ist vor allem auch der Umstand anzusehen, daß namhafte Industrieanlagen ihre Goldwährung nicht zu halten vermochten. Deutschland hat durch den Weltkrieg insgesamt rund 160 Milliarden verloren und 2 Millionen Tote. Als Opfer dieses Krieges müssen unterzählt werden: 820 000 Kriegsbeschädigte mit 210 000 Ehefrauen, 800 000 Kinder, 360 000 Kriegerväter, 370 000 Kriegerevnen und 384 000 Elternpaare. Krieg und Inflation haben weit Schäden des Mittelstandes proletarisiert. Die Sparfassen hatten einen Verlust von insgesamt 24 Milliarden Mark. Wenn trotz dieser Lasten der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler schreibt: „Das Ende des Krieges sah ein Deutschland, das an inneren Werten nichts verloren hatte“, so ist damit die Art der generischen Agitation gekennzeichnet, wie sie bisher betrieben wurde. Nur planmäßiger Umbau der Wirtschaft, wie er von den Gewerkschaften gefordert wird, kann uns aus dieser Lage herausführen. In der auf der einen Seite ungeheure Mengen von Lebensmitteln vernichtet werden, während gleichzeitig Millionen von Menschen darben. Die Ergründungen der Gewerkschaften auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiet sind von einem großen Teil der Arbeiterschaft nicht entsprechend gewürdigt worden. In unerträglicher Weise hat der VDB und die Gewerkschaftszentrale für Arbeitsbeschaffung, Siedlungsfragen, Jugendhilfe, Berufshilfe, der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung gewirkt. Der Papen-Notverordnung mit dem darin enthaltenen Lohnabbau von der 31. bis 40. Wochenstunde wurde wirksam entgegengetreten. Besonders unsere Kollegen in Stuttgart haben auf diesem Gebiet wiederholt ihre Position wirksam verteidigt. Wir werden auch künftig den Kampf gegen Verflechtungen überall aufnehmen, wo wir den Willen der Mitgliebertät hierzu feststellen können. Demen, die immer wiederholen, „der Verband leiste ja doch nichts“ müßte auch gesagt werden, daß allein in der Verwaltungsstelle Stuttgart seit Beginn der Krise (Mitte 1929) 102 609 Mark an Unterhaltungen der verschiedenen Art zur Auszahlung gelangt sind. Bei der Durchführung des Mantelvertrages in der Bekleidungsindustrie kam es zu einem achtstägigen Streik bei der Firma Heptina, der mit vollem Erfolg beendet wurde. Im Frühjahr belamen die Tapezierer der Möbelbetriebe den Lohn durch Schiedspruch von 86 auf 91 Pfennig abgebaut. Die Unternehmer zahlten jedoch nur 84 Pfennig aus. Nach einwöchigen Streik bzw. Aussperzung wurde ein neuer Schiedspruch mit 88 Pfennig gefaßt. KBD-Kollegen, die sich dieserhalb zur Gewerkschaft in schriftliche Opposition stellten, nahmen später in einem stillen Betrieb zu wesentlich schlechteren Bedingungen die Arbeit auf. An der Autobranche schrumpfen die Betriebe zusammen. Bei Daimler-Benz, Sindelfingen, wo der Achtungskredit sein Ende noch nicht erreicht hat, veruchen die Nazis Kapital aus dieser Schwächung zu schlagen und hoffen auf Erfolge bei den derzeitigen Betriebsratswahlen. Die Tapeziererfirma Beh u. Hagenbuch stellte Arbeiter durch Beh ein, der jedoch nur Angestellter zu sein vorgibt. Hagenbuch kann nicht bezahlen, die Kollegen werden somit um ihren Lohn geprellt. Bei der Werbeaktion machten wir 27 Neuaufnahmen. Eine größere Zahl Mitgliebertät konnte der Organisation erhalten werden. Zu den überall getroffenen Sparmaßnahmen gehört auch die Aufstellung des Versammlungskalenders für das laufende Jahr, wodurch das Portofolanto entlastet wird. Durch die vorgenommenen Neueinteilung werden wir die Mitgliebertät noch besser an die Organisation fesseln. Versammlungen im Laufe des Geschäftsjahres 1932 fanden statt:

Sitzungen der engeren Ortsverwaltung	21
Sitzungen der erweiterten Ortsverwaltung	5
Mitgliederversammlungen	7
Funktionärversammlungen	5
Jugendversammlungen	10
Branchenversammlungen	11
Arbeitslosenversammlungen	1
Betriebsversammlungen	66
Sitzungen mit Betriebsräten	8
Tarif- und Schlichtungsverhandlungen	16
Sitzungen der Brancheneleitungen	19
Sitzungen des Ortsausschusses, des Arbeitsamtes, des Schlichtungsausschusses und Kartellversammlungen	34
Arbeitsgerichtliche Termine	11
Vertretungen und Sitzungen am Spruchauschuß des Arbeitsamtes	51
Versammlungen und Verhandlungen an auswärtigen Orten	8
Teilnahme an Konferenzen	6

Den Bericht für die Lehrlingsabteilung erstattete Kollege Mielle. Der Nachwuchs hat stark gelitten. In Großbetrieben werden Lehrlinge nicht mehr ausgebildet. Auch im Kleingewerbe ist eine Verminderung der Lehrlingshaltung zu beobachten. Dabei werden Gehilfen in der Regel nicht mehr beschäftigt. Der Nachwuchs muß durch Hausausbildung gewonnen werden. Die Besichtigungen ohne Distinktion gutzuheißen. Eine kurze Debatte erregte sich bei den Neuwahlen. Die Vorhänge, den Kollegen Köhler als 2. Vorsitzenden und den Kollegen Spahn als Beisitzer zu wählen, blieben in der Minorität. Gelehrender Schorler, Schriftführer Schindler, u. Beisitzer Bohler, Brung, Schäfer und Schlegel. Als Beisitzer der Meiste. Zu Reserven Widiger, Ehret und Rahn. Die zwei langjährigen Reservisten Krauß und Schlager scheiden auf eigenen Wunsch aus. F. Sch.

